



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 24. Januar 2025

### **Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 27. Januar 2025**

Fokusthemen: **Bildung und Bauen**

*Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach der Behandlung von 11 Entgegennahmen über die Antworten der Regierung auf eine dringliche Interpellation diskutieren. Anschliessend steht die Schlussabstimmung zur Einführung der Schulsozialarbeit an Mittel- und Berufsschulen und der Rahmenkredit für eine Anschubfinanzierung für Tagesschulen auf der Traktandenliste. Nach der Abschreibung eines Postulats wird der Rat bis zur Mittagspause voraussichtlich ein paar Vorstösse behandeln, welche die Bildungsdirektion betreffen. Die Nachmittagssitzung beginnt mit der Behandlung von drei Objektkrediten im schriftlichen Verfahren und drei Schlussabstimmungen zu Bauvorlagen, unter anderem dem historischen Parkplatz-Kompromiss, bevor der Rat nach der Abschreibung von zwei Postulaten drei Kredite zur Schliessung von Radweglücken behandeln wird.*

#### **Regierungsrat will 3 Motionen und 8 Postulate entgegennehmen**

Rasch behandeln wird der Kantonsrat 11 Vorstösse, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereit erklärt hat, die Motionen und Postulate entgegenzunehmen. Der Rat muss nun darüber befinden, ob er diese diskussionslos der Regierung überweisen will. Verlangt auch nur ein Mitglied des Rates eine Diskussion, verbleibt ein solcher Vorstoss auf der Traktandenliste und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über eine Überweisung entscheiden. Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, möchte den Regierungsrat beauftragen, die bestehenden Pilotprojekte zum Thema «Soziale Arbeit in Arztpraxen» zu evaluieren und entsprechende Umsetzungsmöglichkeiten, inkl. Finanzierungsvarianten, innerhalb des Kantons Zürich zu prüfen ([KR-Nr. 249/2024](#)). FDP-Kantonsrätin Barbara Franzen will den Regierungsrat bitten aufzuzeigen, wie der in der Kantonspolizeiverordnung geregelte Sollbestand der Kantonspolizei sukzessive aufgestockt werden kann ([KR-Nr. 286/2024](#)). Florian Heer, Kantonsrat der Grünen, fordert, das bezahlte Sammeln von Unterschriften im Kanton Zürich zu verbieten ([KR-Nr. 288/2024](#)). SP-Kantonsrätin Patricia Bernet bittet den Regierungsrat in einem Bericht aufzuzeigen, welche Massnahmen getätigt werden müssen, um die Eltern und die Öffentlichkeit besser über die Risiken der digitalen Mediennutzung im Vorschulalter zu informieren ([KR-Nr. 297/2024](#)). FDP-Kantonsrätin Astrid Furrer wünscht sich mehr Spielraum in der Schulorganisation ([KR-Nr. 307/2024](#)). Josef Widler, Kantonsrat der Mitte, möchte Weiterbildungsbeiträge für Assistenzärztinnen und -ärzte in ambulanten, vom SIWF und den Fachgesellschaften anerkannten Einrichtungen ([KR-Nr. 325/2024](#)). Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) bittet den Regierungsrat und den ZVV, in einem Bericht darzustellen, wie das Angebot des Bonuspasses für Personen in Erstausbildung ausgebaut werden kann ([KR-Nr. 334/2024](#)). Florian Heer, Kantonsrat der Grünen, fordert den Regierungsrat auf, detailliert aufzuzeigen, mit welchen zusätzlichen Massnahmen er die angestrebten und selbstgesetzten Ziele zur Veränderung des Modalsplits und zur Reduktion der Anzahl Wege und Etappen fristgerecht erreichen will ([KR-Nr. 335/2024](#)). FDP-Kantonsrätin Barbara Franzen wünscht sich eine kantonale Verdichtungsstrategie ([KR-Nr. 336/2024](#)). GLP-Kantonsrat Christoph Ziegler fordert den Regierungsrat auf, die Anzahl der Pflichtlektionen an der Volksschule um 5 Prozent zu senken ([KR-Nr. 360/2024](#)). Und SP-Kantonsrat Harry Brandenberger möchte, dass die Informationen, welche die Gemeinden über ihre Naturschutzobjekte und Inventare haben, einfach und zeitnah in das kantonale Geoinformationssystem (GIS) integriert und veröffentlicht werden können ([KR-Nr. 378/2024](#)).

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41  
Patricia Bernet (SP, Uster), 079 714 71 55  
Astrid Furrer (FDP, Wädenswil), 079 455 00 33  
Josef Widler (Die Mitte, Zürich), 079 448 79 48  
KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84  
Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36  
Harry Brandenberger (SP, Gossau), 079 287 84 70

### **Dringliche Interpellation zur politischen Bildung an Zürcher Gymnasien**

Für eine angeregte Debatte dürfte am Montagmorgen die Behandlung einer dringlichen Interpellation zum Abbau der politischen Bildung an Zürcher Gymnasien sorgen. SP-Kantonsrätin Sibylle Marti hat, unterstützt von SVP und GLP, ein paar konkrete Fragen zum Thema gestellt ([KR-Nr. 407/2024](#)). Da es sich um eine dringliche Interpellation handelt, wird die zuständige Regierungsrätin, Silvia Steiner, die Antworten im Rat persönlich vortragen. Mit der Diskussion über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt.

Sibylle Marti (SP, Zürich), 078 850 83 19

### **Schlussabstimmung zur Einführung der Schulsozialarbeit an Mittel- und Berufsschulen**

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zur Verankerung der Schulsozialarbeit im Mittelschulgesetz und im Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung zu erwarten ([5935](#)). In der zweiten Lesung geht es meistens nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sind, bevor in der Schlussabstimmung abschliessend über die Vorlage beschlossen werden kann. Der Kantonsrat hat in erster Lesung verschiedene Änderungen betreffend Schulsozialarbeit im Mittelschulgesetz und im Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung beraten und über zahlreiche Kommissions- und Minderheitsanträge abgestimmt. Der Rat ist dabei allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Das niederschwellige Beratungsangebot soll die Jugendlichen und ihr schulisches Umfeld stärken und ungünstigen Entwicklungen frühzeitig entgegenwirken.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

### **Gemeinden sollen Anschubfinanzierung für Tagesschulen erhalten**

Eine umstrittene Debatte dürfte es zum Rahmenkredit für eine Anschubfinanzierung für Tagesschulen über eine Laufzeit von fünf Jahren geben. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, den Kredit im Volksschulgesetz zu verankern ([KR-Nr. 369/2020](#)). Die Forderung geht auf eine parlamentarische Initiative von GLP, SP und EVP zurück, die eine «Initialzündung für zukunfts-trächtige Schulmodelle» forderten. Eine knappe Mehrheit der Kommission unterstützt die Gesetzesänderung und befürwortet einen Kredit von 15 Millionen Franken. Dieser soll interessierte Gemeinden beim Aufbau von Strukturen unterstützen, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten und mit dem integrierten pädagogischen Konzept einen erzieherischen Gewinn bringen. Die Minderheit der Kommission (SVP, FDP, Mitte) beantragt, nicht auf die Vorlage einzutreten. Tagesschulen sollen gegenüber anderen Formen von Tagesstrukturen nicht bevorteilt werden, zumal die Gemeinden in den vergangenen Jahren hohe Investitionen für die Einrichtung der gesetzlich vorgegebenen Tagesstrukturen getätigt haben. Zudem könne nicht verlangt werden, dass alle Kinder einer Klasse Tagesschulstrukturen nutzen oder andernfalls Kinder in andere Schulen wechseln müssten.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61  
Minderheit: Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58

### **Echte Wahl- und Abstimmungsunterlagen für die Schulen**

Keine lange Diskussion wird die Abschreibung eines Postulats der Mitte betreffend «Fiktive Abstimmungs- und Wahlunterlagen für den Unterricht zur politischen Bildung» auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat denn auch einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 293/2022](#)). Mit dem Postulat der Mitte wurde verlangt, dass den Schulen für die politische Bildung fiktive Wahl- und Abstimmungsunterlagen gratis oder kostengünstig abgegeben werden. Die Regierung hat ein Projekt aufgegleist, sodass den Schulen echte, aber entsprechend gekennzeichnete Wahl- und Abstimmungsunterlagen abgegeben werden können, was die pädagogische Wirkung erhöht. Das Postulat ist damit erfüllt.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

### **Vorstösse zu KI, Lehrberuf und leistungsstarken Jugendlichen**

In der allenfalls verbleibenden Sitzungszeit bis zur Mittagspause wird sich der Kantonsrat Vorstössen widmen, welche die Bildungsdirektion betreffen. Auf der Traktandenliste stehen drei Postulate, die der Regierungsrat entgegennehmen wollte. Sie hätten also bei der ersten Behandlung diskussionslos der Regierung überwiesen werden können. Weil aber jeweils mindestens ein Ratsmitglied eine Diskussion verlangt hat, wird über die Überweisung erst nach einer Debatte im Rat entschieden. GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig möchte, dass der Regierungsrat die möglichen Auswirkungen von KI-Anwendungen auf den Lehrauftrag an Schulen und Bildungsinstituten, wie Universitäten und Hochschulen, oder in der Ausbildung von Lehrpersonen evaluiert ([KR-Nr. 71/2023](#)). Grünen-Kantonsrätin Karin Fehr Thoma möchte mit Unterstützung von SP und AL den Lehrberuf an der Volksschule mit Laufbahnmodellen attraktiver machen ([KR-Nr. 91/2023](#)). Und die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) will, dass ein Förderprogramm für besonders begabte Jugendliche mit Migrationshintergrund oder fremdsprachigen Eltern langfristig sichergestellt wird ([KR-Nr. 177/2013](#)).

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), 079 661 51 49

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

### **Schlussabstimmung zu Parkplatz-Kompromiss, Klima- und Vogelschutz**

Zum Auftakt der Nachmittagssitzung wird der Kantonsrat nach der Behandlung von drei Kreditabrechnungen im schriftlichen Verfahren (s. unten) die Schlussabstimmungen zu drei Bauvorlagen durchführen, die der Kantonsrat vor ein paar Wochen in erster Lesung beraten hat. Auch hier geht es nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sind. In den ersten Lesungen hat der Rat Folgendes entschieden: Bei der Vorlage zu den beiden parlamentarischen Initiativen betreffend «Ausreichend Veloabstellplätze auf Liegenschaften» ([KR-Nr. 341/2019](#)) und «Erweiterung Zweckbindung Parkplatz-Ersatzabgabe» ([KR-Nr. 171/2020](#)) folgte er im Wesentlichen den Vorschlägen der vorberatenden Kommission. Eine Reduktion der Abstellplätze soll im Einzelfall unter der Bedingung ermöglicht werden, dass keine Verlagerung in den öffentlichen Raum stattfindet. In der Debatte zu einer Änderung des Energiegesetzes betreffend «Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel» ist der Rat allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt ([5921](#)). Und mit 147 zu 30 Stimmen ist er auf eine von der Kommission für Planung und Bau (KPB) geänderte parlamentarische Initiative von SP-Kantonsrätin Theres Agosti eingetreten, mit der eine stärkere Berücksichtigung des Vogelschutzes bei der Gestaltung von Fassaden, Glas- und Fensterflächen von Neubauten gefordert wird ([KR-Nr. 229/2020](#)).

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

### **Zwei Postulate zur AXPO sollen abgeschrieben werden**

Keine lange Diskussion ist zu zwei Postulaten zu erwarten, welche die AXPO betreffen. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt einstimmig, das Postulat von SP,

SVP, Mitte, EVP, AL und CSP betreffend «AXPO und EKZ: Versorgung durch erneuerbare Produktion der AXPO» ([KR-Nr. 331/2022](#)) wie auch das Postulat von SVP, SP und AL betreffend «AXPO: Versorgung der Eignerkantone stärker gewichten» ([KR-Nr. 332/2022](#)) als erledigt abzuschreiben. Das erste Postulat richtete sich an den Regierungsrat, das zweite an den Verwaltungsrat der EKZ. Die beiden Gremien wurden eingeladen aufzuzeigen, wie die EKZ zeitnah die von der AXPO produzierte Elektrizität direkt für die Versorgung der gebundenen Endverbraucher einsetzen können. In einer gemeinsamen Antwort auf beide Postulate wurde dargelegt, dass die EKZ verschiedene Möglichkeiten prüfen, um das Anliegen zu erfüllen.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

### **Drei Kredite zu Schliessung von Radweglücken**

Gleich über drei Kredite zur Schliessung von Radweglücken wird der Kantonsrat am Montagabend entscheiden. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Rat einstimmig, den Objektkredit über 5,3 Millionen Franken für eine Radweglückenschliessung in den Gemeinden Hombrechtikon und Oetwil am See ([5894](#)) und den Objektkredit für eine Radweglückenschliessung in den Gemeinden Hombrechtikon und Grüningen ([5945](#)) zu genehmigen. Umstritten war in der KPB ein Zusatzkredit für die Radweglückenschliessung und die Hangsicherung zwischen Bülach und Rorbas. Die Kommission beantragt mit 12 zu 3 Stimmen, den Kredit zu genehmigen ([5922](#)). Kritisiert wurde im Rahmen der Kommissionsberatungen vor allem die unvollständige Planung der ursprünglichen Projektierung und die dadurch entstandenen Mehrkosten. Die Mehrheit der Kommission hält die zusätzlichen Kosten mit Blick auf die herausfordernde Topographie und im Vergleich mit ähnlichen Radwegprojekten allerdings insgesamt für gerechtfertigt und eine weitere Verzögerung der Fertigstellung des Radweges für unhaltbar. Eine Minderheit (FDP) ist nicht bereit, Mehrkosten in diesem Ausmass zu unterstützen, und beantragt dem Kantonsrat daher eine Ablehnung des Zusatzkredites.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15  
Minderheit Zusatzkredit: Simon Vlk (FDP, Uster), 079 388 25 76

### **Schriftliche Verfahren:**

Diskussionslos behandelt, weil unumstritten, werden am Montagnachmittag mit Traktanden 31 bis 33:

- die Abrechnung des Objektkredits für den Neubau einer separaten Busspur entlang der 340 Rapperswiler-/Zürichstrasse von Unterwetzikon bis Bossikon (Hinwil) ([5092](#)).
- die Abrechnung des Objektkredits für den Umbau des Bildungszentrums Uster und den Neubau der Kantonsschule Uster ([5007](#)).
- die Abrechnung des Objektkredits für den Neubau eines Kreisels und die Redimensionierung der 634 Feldstrasse in Urdorf ([5287](#)).

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:  
Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00  
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12